

# Steingewordenes Gedenken ohne Wissen?

Die Erinnerung an sowjetische Verhaftungen und Speziallager seit 1989/90

Im Frühjahr 1950 wurden die letzten drei sowjetischen Speziallager in der neugegründeten DDR – Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen – aufgelöst. Nur die Hälfte der knapp 30000 Insassen kam frei. Mehr als 3000 Internierte wurden an die DDR-Justiz zur nachträglichen Verurteilung in den „Waldheimer Prozessen“ übergeben. 10500 bereits durch ein sowjetisches Militärtribunal (SMT) verurteilte Häftlinge kamen in Gefängnisse der DDR. Im Februar 1950 erreichten 1229 ehemalige Speziallager-Insassen aus Sachsenhausen die südthüringische Haftanstalt Untermaßfeld. Die Lebensbedingungen waren desaströs, die Häftlinge durch die vorherige Lagerhaft geschwächt. Bis 1952 starben 49 von ihnen an Hunger und Krankheiten. Über ihr Schicksal legte sich bis zum Ende der DDR der Mantel des Schweigens. Dass die Asche der Verstorbenen 1967 auf dem Parkfriedhof im benachbarten Meiningen anonym vergraben wurde, wussten nur wenige.<sup>7</sup>

Im November 2000 wurden auf dem Parkfriedhof zwei Gedenkstelen eingeweiht. Sie erinnern seitdem an jene „Opfer der sowjetischen Militärjustiz, die in den Jahren 1950 bis 1952 in Untermaßfeld an Hunger und Krankheit starben“ – so die Inschrift. Darunter finden sich die Namen der 49 Verstorbenen. Entstanden ist das *Gedenkzeichen* – es handelt sich durch die Inschrift nicht nur um einen einfachen Grabstein – auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950. Der Freistaat Thüringen und private Spender:innen unterstützten das Vorhaben finanziell. Eine weitere Tafel wurde in unmittelbarer Nähe der heutigen Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld angebracht. Aber 16 Jahre nach der Einweihung sorgte einer der 49 aufgeführten Namen für großes Aufsehen.

Unter der Überschrift „Name eines SS-Mannes von Stele entfernt“ berichtete die Tageszeitung „Freies Wort“ im Mai 2016 über das Erinnerungszeichen auf dem Meiningener Parkfriedhof. Vorangegangen war eine Kontroverse zwischen der erwähnten Arbeitsgemeinschaft und

den Gedenkstätten Sachsenhausen, Ravensbrück und Buchenwald. Der Streit drehte sich um die namentliche Nennung von Josef Ebenhöf (1914–1951) auf einer der beiden Stelen. Ebenhöf gehörte seit 1938 der SS an und leitete die KZ-Außenlager Bad Langensalza und Penig. Im Lager Penig mussten jüdische Frauen Zwangsarbeit für die Junkers-Flugzeugwerke leisten. Im Lager grassierten Typhus und Tuberkulose, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten war katastrophal. Die bundesdeutsche Justiz leitete 1966 ein Ermittlungsverfahren gegen Ebenhöf ein, das jedoch 1973 eingestellt wurde – da war der Gesuchte bereits über 20 Jahre tot. Die öffentliche Diskussion über Ebenhöfs NS-Vergangenheit führte dazu, dass sein Name auf dem Meiningener Parkfriedhof getilgt wurde. Seitdem klafft auf der Stele eine auffällige Lücke, die nicht erklärt wird.

Das Beispiel zeigt, wie kontrovers die Erinnerung an sowjetische Verhaftungen und Speziallager in den letzten drei Jahrzehnten verhandelt werden konnte. Zu Beginn der Aufarbeitung in den 1990er Jahren stand vor allem die Geschichte der Speziallager – ihre Einrichtung und Funktion sowie die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft – im Mittelpunkt. Seit einiger Zeit sind die bisherige Aufarbeitung und Erinnerung selbst zum Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung geworden. Bereits 2004 gab die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein Kompendium zu den „Orten des Erinnerens“ heraus, das sich auch mit der unmittelbaren Nachkriegszeit beschäftigt und mittlerweile in der dritten Auflage vorliegt. Seit 2019 beschäftigt sich die Gedenkstätte Buchenwald mit Denkmalsetzungen in Ostdeutschland, der Fokus liegt dabei auf Thüringen. Das Projekt mit dem Titel „Gedenken ohne Wissen?“ ist Teil des Verbundes „Diktaturerfahrung und Transformation“. Auch die Universitäten Erfurt und Jena sowie die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt gehören dem Verbund an.

## „Das war nicht der Kommunismus“

Nicht nur in Meiningen, auch an anderen Orten wurde und wird über Denkmalsetzungen diskutiert. In Arnstadt gipfelte die Auseinandersetzung um das Denkmal für die „Opfer kommunistischer Gewalt 1945–1989“ sogar in mehrfacher Sachbeschädigung.

Bereits 1991 zeigte sich der Arnstädter Stadtrat an der Setzung eines Denkmals interessiert. Es dauerte 16 Jahre, bis ein Beschluss gefasst und schließlich auch ein Standort gefunden wurde: eine Verkehrsinsel in der Rosenstraße, unweit der ehemaligen sowjetischen Kommandantur. Maßgeblichen Zuspruch erhielt das Projekt vom Arnstädter Oberbürgermeister Hans-Christian Köllmer. Am 13. August 2008, dem Jahrestag des Mauerbaus, wurde das Denkmal eingeweiht. Seine obeliskenhafte Gestaltung, die Stilisierung einer Gefängniszelle sowie die Inschrift stießen auf Protest. Im Dezember 2008 kam es zum Eklat: Unbekannte besprühten das Denkmal mit schwarzer Farbe mit der Aussage: „Das war / nicht der / Kommunis / mus“ und „Gegen / Geschic / htsre / visionis / mus“ (siehe Seite 58 oben).

Die Empörung war groß, die Lokalpresse berichtete. In der „Gerbergasse 18“ thematisierte Werner Nöckel von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die Graffiti-Aktion (siehe Heft 52, Ausgabe 1/2009). Die Thüringer Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Hildigund Neubert bewertete den Vorfall als Leugnung von SBZ- bzw. DDR-Unrecht, die künftig unter Strafe zu stellen sei. Am 25. Februar 2009 gab es eine Diskussionsveranstaltung „Zum Verhältnis von Kommunismus und Gewalt“ in Arnstadt. Die Empörung hatte sich kaum gelegt, da wurde das Denkmal im August 2009 erneut Zielscheibe linksextremen Protests. Aber auch Rechtsextreme instrumentalisierten den Standort für ihre Zwecke: Zum Volkstrauertag 2009 legten Demonstranten ein Gebinde zum „Heldengedenken“ in der Rosenstraße ab. Seitdem ist es ruhiger geworden. Fernab offizieller Gedenkak-

te zum 17. Juni und 13. August wird das Erinnerungszeichen mittlerweile kaum noch thematisiert.

Die Beispiele aus Meiningen und Arnstadt mögen aus der Reihe der Denkmalsetzungen nach 1989 herausstechen. Allein auf dem Gebiet des Freistaates Thüringen wurden mehr als fünfzig Erinnerungszeichen gesetzt, mit denen direkt oder indirekt an sowjetische Verhaftungen und Speziallager erinnert wird. Zu den frühesten Setzungen gehören die Gedenksteine für die Stalinismus-Opfer in Hohndorf bei Greiz (Oktober 1990) und für die verhafteten Jugendlichen in Greußen (November 1990) sowie die Gedenktafel am Gefängnis in der Erfurter Andreasstraße (September 1991). Nicht an allen Orten wurden laute öffentliche Auseinandersetzungen geführt, nicht überall griffen Unbekannte – wie in Arnstadt – zur Spraydose.

Die Entstehung und Einweihung vieler Erinnerungszeichen blieb eine lokale, wenn nicht gar rein örtliche Angelegenheit, die Aufmerksamkeit fernab der Opfervereinigungen war begrenzt. Schon der Umstand, dass nicht alle Gedenksteine und -tafeln in der Fachliteratur erfasst sind, spricht für diesen Befund. Aber dies betrifft nicht nur Setzungen im ländlichen Raum. Die Gedenktafel für die „unschuldigen Opfer des stalinistischen Terrors“ in Weimar ist solch ein Fall: Sie wurde im Oktober 1992 am Amtsgerichtsgebäude eingeweiht. Im Gebäude befand sich nach 1945 ein Operativgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Auch sowjetische Militärtribunale tagten bis in die 1950er Jahre vor Ort, verhängten hohe Strafen und sprachen Todesurteile aus. Heute ist die Erinnerung weitgehend verblasst, die Existenz der Gedenktafel in der Stadt nahezu unbekannt. Auch in der Literatur zur Stadtgeschichte und dem Übersichtswerk „Orte der Erinnerung“ der Stiftung Aufarbeitung wird sie bisher nicht erwähnt.

### Doppelte Funktion der Erinnerungszeichen

Besonders in den ersten Jahren nach dem Ende der DDR kam den Erinnerungszeichen eine doppelte Funktion zu: Einerseits wurden mit ihnen bisher tabuisierte historische Orte stalinistischer Repression gekennzeichnet und an die Leiden der Betroffenen erinnert. Andererseits erfüllten sie die Funktion eines



Die Gedenkstellen in Meiningen nach der Ausfräsung des Namens von Josef Ebenhö, August 2020.

Quelle: Gedenkstätte Buchenwald / Fotograf: Franz Waurig

Grabsteinersatzes: Die Todesorte der in Lager- und Gefängnishaft Verstorbenen waren weitgehend unbekannt. Selbst die nächsten Angehörigen bekamen keine Informationen. So wurden in den 1990er Jahren an bzw. in ehemaligen Gefängnissen und Lagern Gedenktafeln für jene eingeweiht, deren Spuren sich – zumindest nach damaligem Kenntnisstand – im Dunkeln verloren.

Ein Beispiel dafür ist das privat gesetzte Gedenkkreuz für Adolf Greuling, der vermutlich 1946 verstarb. In den 1930er Jahren übernahm der 1892 geborene Greuling die Funktion des NS-DAP-Ortsgruppenleiters in Oberlind bei Sonneberg. Nach Kriegsende unter Werwolf-Verdacht verhaftet, blieb sein Verbleib ungeklärt. Im Frühjahr 1990 setzten Angehörige auf dem Gräberfeld des Speziallagers in unmittelbarer Umgebung der damaligen Nationalen

Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald ein Holzkreuz. Der Ort stand seit Anfang 1990 im Zentrum öffentlichen Interesses, es wurden menschliche Knochen gefunden und ehemalige Insassen berichteten erstmals öffentlich über ihre Internierung im Speziallager. Es war das erste Kreuz, das dort einer Einzelperson gewidmet war. Erst durch die Forschungen zu den SMT-Todesurteilen in den 2000er Jahren wurde bekannt, dass Adolf Greuling nicht im Speziallager Nr. 2 verstarb. Ein Militärtribunal verurteilte ihn 1946 in Sonneberg zum Tode. Vermutlich wurde das Urteil auch dort vollstreckt.

### Erinnerung ohne Relativierung

„Transformation des Gedenkens“ heißt der Titel einer jüngst erschienenen Publikation des Forschungsverbundes „Diktaturerfahrung und Transforma-

tion“. Er weist auf die Wandlung der ostdeutschen Denkmalslandschaft in den vergangenen Jahrzehnten hin: Dem politischen System der DDR zugeordnete Denkmäler wurden abgerissen, verändert oder umgedeutet. Mahnmale für das Kriegstotengedenken wurden aufwendig restauriert. Die neugesetzten Erinnerungszeichen an sowjetische Verhaftungen entsprachen in ihrer Gestaltung oft dem Zeitgeist der „alten“ Bundesrepublik. Sie orientierten sich äußerlich und inhaltlich an Tafeln und Steinen, die seit den 1950er Jahren in Westdeutschland eingeweiht wurden.

Auch in Zukunft wird sich die Denkmalslandschaft wandeln. Unpersönliche Gedenktafeln, die im schlechtesten Falle in einem Rundumschlag an die Opfer der Gewaltherrschaften zwischen 1933 bis 1989 erinnern, sind im Zeitalter der Vereinfachung von komplexen historischen Sachverhalten und der Politisierung von Geschichte wenig hilfreich. Stattdessen müssen den Betrachter:innen der Gedenktafeln und -steine, die nicht mehr aus der Generation der Betroffenen stammen, wissenschaftlich fundierte Informationen und Hintergründe zu den in Stein gehauenen Namen und Vorfällen gegeben werden. Nur so kann an Opfer der Nachkriegszeit erinnert werden, ohne NS-Verbrechen zu relativieren.

Projekte zum biografischen Forschen können helfen, Leerstellen in der Ortsgeschichte zu schließen. Eine Möglichkeit ist, Biografien von Betroffenen und weitere Informationen im Internet mittels QR-Codes zugänglich zu machen. Damit wird allen Interessierten ermöglicht, die historischen Ereignisse besser einzuordnen. Ein „Gedenken mit Wissen“ bewahrt vor falschen Analogien und verhindert, dass nachträglich Inschriften verändert werden müssen. Im Hinblick auf die erwähnten Gedenkstellen in Meiningen heißt das konkret: Die Ausfräsung eines Namens befreit nicht von der Auseinandersetzung mit ihm und den weiterhin auf der Tafel genannten Personen.

### Franz Waurig

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Gedenkstätte Buchenwald



Beschmieretes Denkmal „Den Opfern kommunistischer Gewalt 1945–1989“ in Arnstadt, Dezember 2008. Foto: GWS-Archiv



Die Gedenktafel für die „unschuldigen Opfer des stalinistischen Terrors“ in Weimar, September 2022. Quelle: Gedenkstätte Buchenwald / Fotografin: Pia Heine

\* Zu den überstellten Speziallager-Insassen aus Sachsenhausen und zur Haftanstalt Untermaßfeld siehe Geier, Anke: Vom Speziallager in den Knast. SMT-Verurteilte aus Sachsenhausen in der Strafvollzugsanstalt Untermaßfeld, in: Gerbergasse 18, Heft 94, Ausgabe 1/2020, S. 13-18



Individueller Trauerplatz auf dem Gräberfeld I in Buchenwald, 1990. In der Mitte ein Gedenkkreuz für Adolf Greuling, davor ein Gebinde für den Weimarer NS-Oberbürgermeister Otto Koch, der 1948 im Speziallager Nr. 2 verstarb. Kochs Angehörige hielten seit dem Kriegsende am Narrativ „Retter von Weimar“ fest, das sich auch auf der Kranzschleife findet. Nach dieser Erzählung bewahrte er die Kulturstadt Weimar durch die kampflose Übergabe an US-amerikanische Truppen im April 1945 vor einem Bombardement. Kritiker dieser Heldendarstellung verwiesen dagegen auf Kochs Beteiligung an der NS-Gewaltherrschaft. So forcierte er beispielsweise 1941 die Ghettoisierung der Weimarer Jüdinnen und Juden. Quelle: Gedenkstätte Buchenwald / Fotograf: Bernd Schmidt

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

FORSCHUNGSVERBUND

Diktaturerfahrung  
+ Transformation

► Literaturhinweis:

Jörg Ganzenmüller, Julia Landau und Franz Waurig (Hg.): Transformation des Gedenkens. Lokales Erinnern an sowjetische Verhaftungen der Nachkriegszeit, 204 S., Köln: Böhlau 2024, ISBN 978-3-412-52875-1, 29 €

